

»Das Internet bringt auch das Böse hervor«

Er ist beileibe kein Untergangsprophet. Und doch glaubt der Philosoph Julian Nida-Rümelin nicht an die große Vision von mehr Demokratie in der digitalen Welt. Im Gegenteil: Er warnt vor der Rückkehr des Prangers

Publik-Forum: *Manche erhoffen sich vom Internet mehr Demokratie und Freiheit, andere fürchten den Verfall von Kultur und Denken. Was meinen Sie?*

Julian Nida-Rümelin: Ich gehöre nicht zu den Apokalyptikern, die mit dem Aufkommen des Internets den Untergang des Gutenberg-Zeitalters und des logischen Denkens kommen sehen. Ich bin aber auch keiner von den Enthusiasten, die glauben, mit dem Internet eröffne sich ein Reich der Freiheit, unbeeinflusst von Konzernen und Staaten. Beides hat sich als irreführend herausgestellt.

Wieso?

Nida-Rümelin: Einerseits wird immer noch gelesen und argumentiert: Das »Gutenberg-Zeitalter« ist nicht vorbei. Andererseits haben sich die Träume der Internetanarchisten nicht erfüllt. Die großen Internetgiganten – *Google, Facebook, Twitter* und andere – dominieren einen wachsenden Teil der Internetkommunikation und schöpfen Daten für ihre kommerziellen Interessen ab. Die Nutzer leisten – wenn überhaupt – nur sehr verhaltenen Widerstand.

Mal abgesehen von enthusiastischen und apokalyptischen Extrempositionen: Hat das Internet verändert, wie wir denken und miteinander reden?

Nida-Rümelin: Ja, selbstverständlich. Das Internet bietet Möglichkeiten, sich in Gruppen zusammenzuschließen, die gemeinsame Interessen verfolgen. Es ermöglicht eine sehr einfache und kostenlose Kommunikation, intensiven und sehr effektiven Gedankenaustausch. Es bietet eine Vielfalt von Informationsquellen, auf die man schnell und praktisch zurückgreifen kann. Damit ist man unabhängig von den großen Türwächtern, die sich im Laufe der Zivilisationsgeschichte entwickelt haben: Großverlagen etwa, die auswählen, was öffentlich wird. Im Internet kann jeder die eigene Botschaft sehr wirksam verbreiten – natürlich auch Albernese und Abwegiges. Insofern hat das Internet zur Demokratisierung der Kommunikation und Informationsbeschaffung beigetragen.

Das klingt so, als könnten wir mit der Internetöffentlichkeit dem kritischen, herrschaftsfreien Raum näherkommen, den der Philosoph Jürgen Habermas einst beschrieben hat. Warum klappt das nicht?

Nida-Rümelin: Die Internetkommunikation ist hochgradig ambivalent. Es gibt beides: Es gibt Phänomene der Repolitisierung der jüngeren Generation über Internetkommunikation, aber zur gleichen Zeit trägt das Internet auch zu einer Parzellierung der Kommunikation bei. Durch ihre Such-Algorithmen sorgen etwa Google und Facebook dafür, dass man Informationen bekommt, die den eigenen Vorlieben entsprechen. So werden Menschen abgeschlossen gegen Kritik und Fremdes. Für eine Demokratie aber ist eine gemeinsame, die gesamte Bürgerschaft umfassende politische Öffentlichkeit konstitutiv. Das heißt: Es muss gemeinsame Themen geben. Nur so kann die Meinungsbildung zu diesen Themen zur politischen Praxis einen Beitrag leisten. Wenn jedes Interessengruppchen sein Eigenes macht, geht das nicht. Die Folgen dieser Parzellierung zeigen sich wohl auch in den niedrigen Wahlbeteiligungen der jüngeren Generation.

Was müsste Ihrer Meinung nach passieren, um solchen gefährlichen Entwicklungen des Internets entgegenzusteuern?

Nida-Rümelin: Die Frage ist zuerst einmal: Ist gegensteuern möglich? Ich bin kein Utopist. Ich weiß um die Grenzen. Aber es ist schon auffällig, dass die Politik sich bisher sehr schwergetan hat, mit den neuen Bedingungen der Internetkommunikation angemessen umzugehen. Ich nenne ein Beispiel: Wir haben eine Monopolisierung der

großen Internetkonzerne, die dem nationalen Kartellrecht Deutschlands nicht entspricht. Bislang hat die Politik auf globaler Ebene völlig versagt, dieser Monopolisierung entgegenzusteuern. Google dominiert die Suche im Internet in einer so massiven Art, wie man sie in einer freien Konkurrenzwirtschaft nicht zulassen darf. Ich glaube, da muss sich einiges ändern.

Man könnte ja auch argumentieren: Die Politik muss hier nicht handeln, weil Menschen doch freiwillig ins Internet gehen, freiwillig Google und Facebook nutzen und freiwillig ihre Daten hergeben.

Nida-Rümelin: Viele sagen tatsächlich: Ihr seid selbst schuld, ihr stellt eure Fotos online. Ihr denkt nicht daran, die Ortungsfunktion eures Handys auszuschalten. Dagegen sage ich: Die Einzelnen haben eigentlich keine freie Wahl. Wer nicht bereit ist, Daten von sich preiszugeben, kann sich nicht »normal«, wie die anderen auch, auf Facebook präsentieren und wird schnell als Sonderling angesehen. Da ist immer der sanfte Druck, sich stärker zu öffnen. Transparenz ist das Gebot der Facebook-Kommunikation. Transparenz heißt einerseits Verlust an Kontrolle, Verlust an Privatheit, Kontrollverlust gegenüber staatlichen und kommerziellen Akteuren. Andererseits heißt Transparenz für die Nutzer: Sie können sich schnell ein Bild machen und zum Beispiel ziemlich genau verfolgen, was welcher Politiker zu welchem Zeitpunkt zu welchem Thema gesagt hat. Das herauszufinden war früher sehr langwierig.

Sie haben mal geschrieben, das Internet könne bei der Umsetzung der Menschenrechte förderlich sein. Gilt das auch unter diesen Bedingungen – oder erst, wenn sich etwas geändert hat?

Nida-Rümelin: Man muss zwei Fragen unterscheiden: Einmal die Frage, welche Rolle das Internet für politische Entwicklungen spielt. Diese Rolle ist wiederum ambivalent: Das Internet trägt zu Emanzipation und Repression gleichermaßen bei. Es gibt einige Staaten auf der Welt – China ist der bekannteste, aber der Iran gehört auch dazu –, die die Kontrollmöglichkeiten über das Internet sehr effektiv zur Absicherung ihrer Regime einsetzen. Auf der anderen Seite gibt es das Phänomen der arabischen Jugendrevolte, die ohne Internetkommunikation – so sagen Experten – wohl unmöglich gewesen wäre.

Und die andere Frage?

Nida-Rümelin: Das ist die Frage, ob der Internetzugang als Menschenrecht gelten kann. Tatsächlich bedeutet der Nichtzugang zum Internet einen Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben und verletzt daher das Menschenrecht auf Teilhabe, auf kulturelle Beteiligung, auf Mitentscheidung.

In Deutschland nutzen etwa zehn Millionen Menschen das Internet nicht. Zudem haben Sie von einer Parzellierung gesprochen: Im Internet ist nicht die eine verbindende Öffentlichkeit, sondern es sind viele kleine bis winzige Öffentlichkeiten entstanden ...

Nida-Rümelin: Die Verzettelungsgefahr ist ganz offenkundig, aber nicht die einzige Gefahr: Im Internet kursieren bis heute die abwegigsten Verschwörungstheorien – etwa die Behauptung, die Anschläge des 11. September seien vom Pentagon gesteuert worden, oder die These, dass die Mondlandung nur vorgetäuscht war. Früher hätten solche Thesen und Theorien keine Chance gehabt, ein breiteres Publikum zu erreichen. Seriöse Verlage und Zeitungen haben solch einen Unsinn nicht publiziert. Diese Barrieren sind durch die Internetkommunikation gefallen. So verbreitet sich auch das Abstruseste – und das ist ein echter Rationalitätsverlust: Es war zivilisatorische Errungenschaft, die Urteilskraft auch dadurch sicherzustellen, dass Verleger und Redaktionen das Wesentliche vom Unwesentlichen geschieden haben. Das hatte natürlich auch die Folge, dass bestimmte Mehrheitsmeinungen sich etablierten. Das Internet ermöglicht Minderheitenmeinungen einen Resonanzboden, ist insofern pluralistischer. Aber auch Unsinniges verbreitet sich schnell. Das wird durch die Anonymität vieler Beiträge noch befördert.

Sie haben – etwa im Rahmen des Medienkonzils der evangelischen Kirche in Bayern im Mai – die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit als Bedingung demokratischer Debatten beschrieben. Wo ist diese Trennung notwendig, und wo hat das Private auch eine öffentliche Dimension?

Nida-Rümelin: Das ist natürlich ein hochkomplexes Thema. Aber ich bin fest davon überzeugt: Wenn die Trennung zwischen Privatem und Öffentlichem zu Grabe getragen würde, wäre die Demokratie als solche nicht mehr lebensfähig. Die moderne Demokratie ist erst mit urbanen Kulturen entstanden, in denen genau diese Trennung praktiziert wurde. Bürger konnten sich in ihre Wohnung und ihr Privatleben zurückziehen. Wenn sie aus der Wohnung heraustraten in die öffentliche Sphäre, kleideten und verhielten sie sich entsprechend, nämlich: zivilisiert. Auch kulturelle Vielfalt wurde nur möglich, wenn die Einzelnen sich dem Urteil über die Lebensform, Präferenzen

und Werte anderer enthielten. Zivile Kultur verlangt eine Zurückhaltung in der Beurteilung des Privaten. Im Internet und durch die Kommerzialisierung der Medien insgesamt erleben wir heute die problematische Tendenz, diesen zivilen Schutz des Privaten aufzulösen. In der Politikberichterstattung kommt es mittlerweile manchmal mehr auf die privaten Geschichten als die inhaltliche Position eines Kandidaten an: Karrieren werden ruiniert wegen einer unglücklichen Facebook-Kommunikation. Das alles ist besorgniserregend.

Das wird auch die Kandidatur für politische Ämter unattraktiver machen ...

Nida-Rümelin: Das ist schon eingetreten. Die politischen Parteien – unabhängig von ihrer politischen Färbung – haben große Nachwuchsprobleme. Das hängt sicher auch damit zusammen, dass viele Angst vor der Entblößung und den persönlichen Angriffen haben, die mit öffentlichem Engagement einhergehen. Die Vorstellung, so leben oder arbeiten zu müssen, verschreckt sicher viele.

Die Thematisierung von privaten Geschichten geht im Internet einher mit einer relativ aggressiven Debattenkultur. Schnell ziehen eine Handlung oder ein Beitrag einen sogenannten »Shitstorm« abschätziger Kommentare nach sich. Wie ordnen Sie dieses Phänomen ein?

Nida-Rümelin: Zugespißt gesagt, erinnert das an Praktiken, die im Mittelalter weit verbreitet waren: den öffentliche Pranger etwa, den es auch in der frühen Neuzeit noch gab. Das heißt: Menschen, die sich anders verhalten haben, als es die Mehrheit für richtig befand, wurden öffentlich an den Pranger gestellt und durften bespuckt und beschimpft werden. Ein »Shitstorm« ist etwas Ähnliches. Man führt die Person mit wüsten Beschimpfungen in einer nun virtuellen Öffentlichkeit vor. Genau wie in der nichtvirtuellen Öffentlichkeit sind die Meinungen, die Beleidigungen und die Kränkungen in der Welt. Ob das über das Internet oder direkten Zuruf erfolgt, ist für den Betroffenen nicht entscheidend. Es kehren auch andere Phänomene zurück. Zum Beispiel galt es im Mittelalter, in der frühen Neuzeit als Volksbelustigung, bei Exekutionen auf dem Marktplatz zuzuschauen. Die Stadtgemeinschaft versammelte sich, schaute zu und fand es offenbar sehr amüsant oder auch gruselig, wie jemand gehenkt wurde. Ähnliche Tendenzen haben wir jetzt wieder. Ein Teil der Propagandamaschinerie des IS, des sogenannten *Islamischen Staates* – dieser ultrafundamentalistischen, islamistischen Bewegung, die jetzt einen Teil des irakischen und syrischen Territoriums unter Kontrolle gebracht hat –, geht genauso: Sie zeigen Enthauptungen von Geiseln und Journalisten. Das erreicht in Windeseile über das Internet eine breite Weltöffentlichkeit.

Bringt das Internet also das Böse im Menschen mit hervor?

Nida-Rümelin: Ja. Es gibt eindeutig Zivilisierungsverluste. Zivilisierung ist ein mühsamer Prozess: Menschen lernen, anständig miteinander umzugehen. In Situationen des Krieges geht diese Zivilisierung wieder verloren. Das 20. Jahrhunderts ist voll von Ereignissen, die das zeigen. Das Gleiche gilt auch für kulturell entgrenzte Situationen, in denen sich Menschen nicht mehr für das verantwortlich fühlen, was sie tun. Zum Beispiel, weil sie anonym auftreten; zum Beispiel, weil sie Teil einer großen Masse sind. Beides ist bei einem sogenannten Shitstorm im Internet der Fall. Das ist eine Entzivilisierung.

Sie haben sich selbst als »digital pioneer« bezeichnet. Was meinen Sie damit?

Nida-Rümelin: Ich wollte die Unterscheidung zwischen »digital immigrants« und »digital natives«, den zumeist älteren Einwanderern und den jüngeren Eingeborenen der digitalen Welt, aufbrechen. Kulturhistorisch ist diese Unterscheidung falsch: Der Erfinder des Internet, Sir Timothy Berners-Lee, ist gerade sechzig Jahre geworden. Diese Generation ist mit *Commodore* und *Atari* aufgewachsen. Es gibt eine Generation, die die Internettechnologie etabliert, erfunden und durchgesetzt hat. Wir haben alle kulturellen Veränderungen am eigenen Leib erfahren und sind nicht erst eingewandert, nicht erst immigriert in die digitale Welt. Deshalb sehe ich mich als »digital pioneer«, nicht als »digital immigrant«. Interview: Florian Höhne

Einerseits wird immer noch gelesen und argumentiert: Das »Gutenberg-Zeitalter« ist also nicht vorbei. Andererseits haben sich die Träume der Internetanarchisten auch nicht erfüllt

Julian Nida-Rümelin war Kulturstatsminister im ersten Kabinett von Kanzler Gerhard Schröder. Der gebürtige Münchner lehrt Politische Theorie und Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit ist die Angewandte Ethik in der Politik oder etwa im Umgang mit der Technik. Das Gespräch mit Julian Nida-Rümelin wurde durch seinen Vortrag über die »Zivilisierung der digitalen Welt« beim Medienkonzil im Mai 2015 in Nürnberg angeregt.